

Das Massaker von Hofamt Priel

Eleonore Lappin

Die „Evakuierung“ ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter/innen nach Mauthausen

Wie oben bereits dargestellt, sollten die im Frühjahr 1944 von Ungarn nach Gänserndorf und Strasshof deportierten jüdischen Familien nach Theresienstadt evakuiert werden, um nicht in die Hände der russischen Armee zu fallen.¹ Die Zerstörung von Geleisen auf dem Weg nach Theresienstadt, insbesondere jedoch der schwere Bombenangriff auf den Bahnhof Strasshof vom 26. März 1945 verunmöglichten die Ausführung dieses Plans weitgehend. Um den 28. März 1945 erteilte RF-SS Heinrich Himmler in Wien den Befehl zur Auflösung der Lager entlang des Südostwalls und die Rückführung der ungarisch-jüdischen Schanzarbeiter/innen nach Mauthausen. Die Verantwortung für diesen Rückzug lag bei den Gauleitungen, denen die Arbeiter/innen bereits im November und Dezember 1944 überstellt worden waren. Weniger klar sind die Befehle, welche Himmler bezüglich der Teilnehmer/innen der Gänserndorfer und Strasshofer Transporte, welche dem Wiener Außenkommando des „Sondereinsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn“ (SEK) unterstanden. Diese ungarischen Jüdinnen und Juden waren einerseits als von den Gauleitungen Wien und Niederdonau beim RSHA angeforderte Arbeitssklavinnen nach Österreich verschleppt worden, dienten aber auch Heinrich Himmler sowie Angehörigen des SEK und der SS in Ungarn als Faustpfand für Versuche, Verhandlungen mit den westlichen Alliierten um einen Separatfrieden anzubahnen. Ende März 1945, als der Krieg offensichtlich verloren war, hatten diese Verhandlungen keine Bedeutung mehr. Umso mehr waren die SS-Verhandler und wohl auch Himmler selbst bemüht, sich ein Alibi für die Nachkriegszeit zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist auch Himmlers Ende März den Gauleitern von Wien, Niederdonau und Steiermark gegebener Befehl, bei der Evakuierung, jüdisches Leben nach Möglichkeit zu schonen, zu sehen. Führende Mitglieder des SEK legten diesen Befehl gegenüber jüdischen Funktionären sogar dahingehend aus, dass die in den Wiener Lagern verbliebenen Juden nicht verschleppt werden sollten. Hermann Krumej, der Leiter des Außenkommandos, soll dem Leiter des Ältestenrats, Josef Löwenherz, versichert haben, er habe befohlen, nach der Abreise seines Stabes am 2. April die zurückgebliebenen Juden „nicht anzurühren“. Tradiert wurde dieses Gespräch allerdings durch Dr. Emil Tuchmann, dem Leiter des jüdischen Gesundheitswesens in Wien, der bei dieser Besprechung nicht selbst anwesend war.² Rezső Kasztner, der wichtigste Verhandlungspartner der SS um die Rettung des Lebens ungarischer Juden, war zum Zeitpunkt von Himmlers Befehlsausgabe ebenfalls in Wien. Er schrieb in seinem Bericht, dass sowohl Krumej als auch Dieter Wisliceny ihm diese Zusicherung machten, wovon er Tuchmann noch in derselben Nacht informiert haben will.³ Diese Aussagen der Mitglieder des SEK gegenüber führenden jüdischen Funktionären erscheinen als Versuche, sich deren wohlwollende Beurteilung ihres Verhaltens für die Nachkriegszeit zu sichern beziehungsweise keine Verantwortung für die weiteren Verschleppungen übernehmen zu müssen. Fest steht, dass der Stab des SEK Anfang April aus Wien floh und die ihm unterstellten Jüdinnen und Juden zumindest ihrem Schicksal überließ. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass das Wiener Außenkommando sehr wohl vor seiner Flucht die Evakuierung der jüdischen Familien auch aus Wien organisierte und anordnete, wobei als Ziel nur noch Mauthausen infrage kam. In dem gegen ihn geführten Volksgerichtsprozess gab Siegfried Seidl an, Krumej habe ihm erst nach dem Rückzug aus Wien in Kottes am 4. April befohlen, den Abtransport der ungarischen Juden aus Niederösterreich nach Theresienstadt zu organisieren, was er mithilfe der Arbeitsämter bis zu seiner

¹ Eleonore Lappin, Ungarische Juden in Niederösterreich 1944/45, S. ???? in diesem Band.

² LG Wien Vg 1 b Vr 770/46.

³ YVA B/7-3, Der Bericht des jüdischen Rettungskomitees aus Budapest 1942–1945. Vorgelegt von Dr. Rezső KASZTNER, 170.

endgültigen Flucht am 15. April machte. Tatsächlich wurden noch 1.509 ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter/innen nach Theresienstadt verbracht.⁴

Aber auch die in Wien verbliebenen Jüdinnen und Juden wurden von SS-Kommandos aus ihren Lagern geholt und nach Mauthausen verschleppt. Diese Deportationen erfolgten Anfang April, meist zu einem Zeitpunkt, als der Kampf um Wien (5.–13. April 1945) bereits begonnen hatte. Dennoch war die Vorgangsweise der SS bei der Auflösung der Lager durchaus systematisch. In einigen Lagern waren jedoch die Wachmannschaften bereits vor ihrer Ankunft geflohen, was einem Teil der dort Internierten die Flucht ermöglichte, die allerdings nur dann wirklich rettend war, wenn die Flüchtlinge bis zum Einmarsch der Roten Armee bei Wiener Zivilist/innen Unterschlupf fanden. So hielten sich die Insassen des Lagers Saurer Werke in Wien Simmering nach der Flucht ihrer Wachen am 6. April bereits für befreit, rissen ihre Judensterne von den Kleidern und stürmten gemeinsam mit den russischen, französischen, italienischen und griechischen Lagerinsassen das Küchenmagazin und die Lebensmittellager. Doch am nächsten Morgen erschienen erneut deutsche Wachposten und forderten sie auf, sich zum Abmarsch bereit zu machen, da der Einmarsch der Russen binnen Stunden zu erwarten wäre. Angesichts der nahenden Befreier und der chaotischen Zustände, die bereits in Wien herrschten, wagten einige Gefangene die Flucht. Es gelang zumindest einem Teil von ihnen, bei Privatpersonen oder beim Ältestenrat unterzuschlüpfen.⁵ Franzi Löw, die Fürsorgerin des Ältestenrats, leistete dabei entscheidende Hilfe:

„Am Tag der Deportationen standen plötzlich zwölf ungarische Juden vor mir in der Kultusgemeinde [damals: Ältestenrat], sie baten mich, sie irgendwo zu verstecken. Es ist mir nach vielen Aufregungen geglückt, sie bei Nichtjuden in Kellern im 1. Bezirk, unter anderen am Tiefen Graben, unterzubringen. Ich habe diese Menschen mit den notwendigsten Lebensmitteln versorgt. So ist es mir gelungen, diese ungarischen Juden bis zur Befreiung zu retten.“⁶

Der Leiter des Lagers 12, Bischoffgasse, 10, der die Insassen bisher grausam schikaniert und misshandelt hatte, wusste die Zeichen der Zeit richtig zu deuten. Als am 5. April ein SS-Kommando kam, um die Lagerinsassen abzuholen, verweigerte er erfolgreich deren Auslieferung. Als Beamter der Stadt Wien erklärte er, nicht den Befehlen der SS, sondern lediglich jenen des Rathauses zu unterstehen. Damit bewahrte er mindestens 422 Menschen⁷ vor der Verschleppung nach Mauthausen. Wie erhalten gebliebenen Listen zu entnehmen ist, hatte er im März noch bereitwilligst kinderreiche Familien für den Abtransport in ein KZ⁸ selektiert.⁹ Die Überlebende eines Floridsdorfer Lagers – welches, ist nicht bekannt – gab an, dass ihre Gruppe in Wien zurückgelassen und von den russischen Truppen befreit wurde.¹⁰

Vorgesehen war, die jüdischen Deportierten nach Möglichkeit per Bahn nach Mauthausen zu verbringen. In vielen Fällen mussten sie jedoch zumindest einen Teil des Wegs zu Fuß zurücklegen. Überlebende schildern diese Märsche als überaus strapaziös, da das Tempo angesichts der nahenden Front möglichst hoch sein sollte und keine Vorkehrungen für Verpflegung und Unterkunft getroffen worden waren. Doch während die Wachmannschaften bei den Evakuierungsmärschen vom Südostwall eindeutig und stets den

⁴ Marek POLONCARZ, Die Evakuierungstransporte nach Theresienstadt (April–Mai 1945). In: Theresienstädter Studien und Dokumente 1999 (Prag 1999) Miroslav Kárný, Raimund Kemper [Hrsg.] 242–262, hier: Tabelle 3, 248.

⁵ Sammlung Herbert Exenberger, Unveröffentlichtes Manuskript von Béla VARGA.

⁶ Franzi Löw. In: Jüdische Schicksale (=Erzählte Geschichte. Bd. 3) DÖW [Hg.], Wien 1992, 185–197, hier: 196.

⁷ LG Wien Vg 6a Vr 8267/46. Lagerstand vom 31. 3. 1945, Liste für die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien, Abteilung G 45, Arbeitseinsatz, Lager K 12, Wien XII/12, Bischoffgasse 10,. Im gegen ihn geführten Volksgerichtsprozess behauptete Knoll, am 30. 3. 1945 weitere „300 erschöpfte rumänische Juden“ im Lager aufgenommen zu haben.

⁸ Theresienstadt.

⁹ LG Wien Vg 6a Vr 8267/46.

¹⁰ Moreshet A.1525, Sammlung Nassi, Rachel Borosz aus Szeged.

Befehl hatten, Nachzügler und Flüchtlinge zu erschießen, scheint dies bei der Verschleppung der Teilnehmer/innen der Strasshofer und Gänserndorfer Transporte nicht durchgehend der Fall gewesen zu sein. Auch dienten als Wachmannschaften eher Gendarmerie und SS und weniger Volkssturmeinheiten, welche den Gauleitungen unterstanden, die die eindeutigen Mordbefehle erteilten. Die Berichte von Überlebenden der Märsche sind jedenfalls durchaus unterschiedlich. Moshe Porat schilderte seine Evakuierung vom Lager 15, Hackengasse 11, nach Amstetten, wo seine Gruppe auf einen Zug nach Mauthausen verladen wurde, als grausamen Todesmarsch, bei dem Nachzügler erschossen wurden.¹¹ Auch Yaakow Schwartz, einer der Überlebenden des Massakers von Hofamt Priel, berichtete, dass während des Marsches immer wieder Menschen erschossen wurden. Seiner Beschreibung nach waren die Wachmannschaften Angehörige des Volkssturms.¹² C. K. gab an, am 4. April¹³ von SS-Leuten aus dem Lager Hackengasse abgeholt worden zu sein. Während des Marsches sah sie selbst keine Erschießungen, hörte aber Schüsse. In der zweiten Nacht übernahmen „österreichische Soldaten“ – vermutlich Angehörige des Volkssturms – die Bewachung und rieten ihr zu fliehen, bevor die SS-Wachen zurückkehrten, da die russischen Truppen nahe seien. Zusammen mit ihrer Schwester und drei kleinen Kindern (vier und eineinhalb Jahre alt) wagte sie die Flucht. Die Frauen nahmen die gelben Sterne ab und gaben sich als ungarische Flüchtlinge aus, die damals in Niederösterreich sehr zahlreich waren. Nach dem Krieg erzählte ihr ein Überlebender, dass die restlichen Mitglieder ihrer Gruppe unmittelbar vor Kriegsende von SS-Männern erschossen wurden,¹⁴ ein Hinweis auf das Massaker von Hofamt Priel, dem zahlreiche ehemalige Insassen des Lagers Hackengasse zum Opfer fielen. Da es sich bei diesen Opfern meist um erschöpfte Nachzügler handelte, ist anzunehmen, dass die Hauptgruppe Mauthausen erreichte. I. K., die am 10. April mit etwa dreihundert anderen aus der Hackengasse abmarschierte, gelang es bereits am zweiten Tag, mit ihrem dreijährigen Kind zu fliehen und sich bis Kriegsende in Niederösterreich zu verstecken.¹⁵ Erstaunlicherweise wurden bei diesen Märschen Nachzügler nicht immer erschossen, sondern bisweilen zurückgelassen, wie dem Bericht von Dr. Henrik Weisz, einem Überlebenden des Massakers von Hofamt Priel zu entnehmen ist. Weisz wurde am 7. April aus dem Lager Leopold Ferstl-Gasse in Wien Floridsdorf evakuiert.¹⁶ Wie er schrieb, fielen von seiner aus 610 Personen bestehenden Gruppe immer wieder Personen ab, welche nicht mehr weitergehen konnten.¹⁷ In seinen vermutlich in Hofamt Priel angefertigten handschriftlichen Notizen ist am 9. April der Tod des Pfarrers von Balmazujváros vermerkt, allerdings ohne Todesursache.¹⁸ Am 10. April wurde Weisz, der Arzt war, mit einer Gruppe von Kranken in Krems zurückgelassen. Er erhielt den Befehl, mit seiner Gruppe nach „Linz“, wie der damals gängige Tarnname für Mauthausen lautete, zu marschieren. Offenbar hatte sich ein Teil der Wahrheit über „Linz“ bereits bis zu den Deportierten durchgesprochen: „Ich wollte nicht nach Linz gehen, da wir gehört hatten, dass damals

¹¹ Moshe PORAT, *The Triumph of Faith. In the Mauthausen Death March* (Jerusalem 1991) 90–128.

¹² Interview mit Yaakov Schwarz vom 13. 7. 1993 in Wien. Ich danke Katharina Stourzh und Daniel Kapp, die das Interview durchführten, für das Protokoll.

¹³ Die von den Überlebenden angegebenen Deportationsdaten stimmen vermutlich nur annähernd.

¹⁴ Injoest, C. K., geb. 10. 4. 1912 in Nyirtass, deportiert aus Debrecen, 1995.

¹⁵ Injoest, Bericht von I. K., geb. am 28. Nov. 1913, Debrecen, 1995.

¹⁶ Archiv der IKG Wien, Dokumentation Persenbeug, Handschriftliche Aufzeichnungen o. N., o. D. (Henrik Weisz).

¹⁷ VIHAR Belá, Sárga Könyv. *Áotok a Magyar Zsidóság Haborus Szenvedéseiből (1941–1945)* (Budapest 1945) 160–162. Belá Vihar verlor seine Eltern in Hofamt Priel. Dass der Name Vihar auf der Liste der Ermordeten nicht aufscheint, lässt sich durch die häufigen Magyarisierungen deutscher Namen erklären. Vgl.: YVA 05/12, Schreiben von Jenő Leitner, Präsident des Zentralverbands der Juden jenseits der Theiss, Debrecen, an Viktor Schwarz, Delegierter des Restitutionskomitees [richtig: Jüdisches KZ-Grabstätten-Eruierungs- und Fürsorge-Komitee], 3. 6. 1948.

¹⁸ Archiv der IKG Wien, Dokumentation Persenbeug, Handschriftliche Aufzeichnungen von Dr. Henrik Weisz.

Menschen dort verhungerten. Mithilfe der Gutherzigkeit der österreichischen Bauern überlebten wir.“¹⁹ Dennoch bewegte sich die Gruppe in Richtung Mauthausen weiter, möglicherweise um nicht in die von Osten heranrollende Front zu geraten. Sie gelangten so vermutlich bis Groisbach, wo sie von der Gendarmerie neuerlich festgenommen wurde. Sie waren nicht die einzigen, denen dieses Geschick zustieß. Denn hinter Groisbach verzeichnete Weisz tägliche Zuwächse zu seiner Gruppe, so wurden in Melk Häftlinge aus dem Lager Fels am Wagram angeschlossen.²⁰ Wie Weisz berichtete, waren diese Festgenommenen, Juden, „die sich in den Dörfern versteckt hatten“.²¹ Am 25. April kamen sie im so genannten „Judenauffanglager“ in Hofamt Priel an.

Erstaunlich ist nicht nur, dass die Wachmannschaften Nachzügler zurückließen, sondern auch, dass die Gendarmerie diese einsammelte und für sie ein Auffanglager einrichtete und nicht erschoss. Während also die den Gau- und Kreisleitungen unterstehenden Wachmannschaften der Schanzarbeiter ganz eindeutige Befehle erhielten, Nachzügler und Flüchtlinge zu erschießen, scheint dies bei den vom SEK organisierten Märschen weniger strikt durchgeführt worden zu sein.

In dem gegen ihn geführten Volksgerichtverfahren gab Siegfried Seidl an, die Gendarmerie angewiesen zu haben, gegen Juden, die nicht nach Theresienstadt verbracht werden konnten, „keine Maßnahmen durchzuführen“.²² Die systematischen Verschleppungen nach Mauthausen widerlegen diese Aussage. Angesichts der unzähligen Erschießungen auch während dieser Märsche kann daher nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob das Zurücklassen von Nichtmarschfähigen auf Befehle, Mangel an Bewachungspersonal oder die große Eile, mit der die Evakuierungsmärsche durchgeführt wurden – gerade die SS war bemüht, nicht in die Hände der russischen Armee zu fallen –, zurückging. Jedenfalls weist die Tatsache, dass die Gendarmerie – unterstützt von SS und Volkssturm²³ – in einer gezielten Aktion mehr als zweihundert Jüdinnen und Juden einsammelte und ins Auffanglager Hofamt Priel brachte, darauf hin, dass einerseits das Zurücklassen von Erschöpften keine Ausnahme war und andererseits kein Befehl bestand, diese Nachzügler oder Flüchtlinge zu liquidieren. Die relativ große Zahl von erfolgreichen Fluchten zeigt, dass die Bewachung bei diesen Märschen laxer war als bei den Schanzarbeitern, da in vielen Fällen offenbar keine Versuche unternommen wurden, die Flüchtlinge einzufangen, was bei erschöpften Frauen mit Kleinkindern nicht allzu schwierig gewesen wäre. Eine ehemalige Insassin der Floridsdorfer Lager, die selbst in Strasshof befreit wurde, hörte nach dem Krieg von Überlebenden der Märsche nach Mauthausen nicht nur vom Massaker in Hofamt Priel und Tod zahlreicher Bekannter, sondern auch, dass jeder, der konnte, unterwegs flüchtete.²⁴ Auch Yaakov Schwartz wurde bei Melk in einer Gruppe von fünf Familien, „die schon so entkräftet [waren], dass sie einfach nicht mehr weiter konnten“,²⁵ zurückgelassen. Seine Füße waren wund bis aufs Fleisch. Am nächsten Tag wurden sie von der Gendarmerie abgeholt und nach Hofamt Priel gebracht.²⁶

¹⁹ VIHAR, Sárka Könyy, 160–162.

²⁰ Archiv der IKG Wien, Dokumentation Persenbeug, Handschriftliche Aufzeichnungen von Dr. Henrik Weisz.

²¹ VIHAR, Sárka Könyy, 160–162.

²² LG Wien Vg 1 b Vr 770/46.

²³ Henrik Weisz wurde von Volkssturmmännern nach Persenbeug gebracht. ÖstA AdR BuMinI 157.520 – 2/48, Bericht der Sicherheitsdirektion für das Land Niederösterreich an das Staatsamt für Inneres, 2. 9. 1945.

²⁴ Moreshet A.1517, Sammlung Nassi, Eva Eisler, geb. ca. 1929, aus Debrecen.

²⁵ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Ein Überlebender aus dem Massaker bei Persenbeug. Typoskript, o. N., o. D. (1964).

²⁶ Sammlung Kapp/Stourzh, Interview mit Yaakov Schwarz, 13. 7. 1993. Vgl. dazu die wesentlich dramatischeren Schilderung in: Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Ein Überlebender aus dem Massaker bei Persenbeug. Typoskript, 1964.

Das Judenauffanglager Hofamt Priel

Am 25. April 1945 richtete der Gendarmerieposten Persenbeug in drei zweistöckigen leer stehenden Baracken der Rhein-Main-Donau AG auf dem Gebiet der Gemeinde Hofamt Priel ein „Judenauffanglager“ ein. Den Befehl dazu hatte er telefonisch vom Gendarmeriekreis Melk erhalten. Die Verantwortung für die Verpflegung der Gruppe oblag ebenfalls der Gendarmerie.²⁷ Bürgermeister Josef Maier war gegen die Aufnahme der Juden in Persenbeug. Er verweigerte das Ansuchen der Gendarmerie, sie im Lager für volksdeutsche Umsiedler unterzubringen, obwohl dort genügend Platz gewesen wäre. Aber auch die Volksdeutschen wollten das Lager nicht mit Juden teilen. Als die Gendarmerie schließlich die leer stehenden Baracken der Rhein-Main-Donau AG im Gebiet der Gemeinde Hofamt Priel als Auffanglager wählte, verweigerte Maier die Ausfolge von Stroh und Lebensmittelmarken. Letztere stellte schließlich das Landratsamt Melk zur Verfügung.²⁸ Allerdings dürfte es einige Zeit gedauert haben, bis die Bezugscheine aus Melk in Persenbeug ankamen.²⁹ Wie aus Berichten von Überlebenden hervorgeht, bemühte sich die Gendarmerie, die erschöpften, ausgehungerten Menschen sofort zu verpflegen, wobei sie sich an die Zivilbevölkerung um Hilfe wandte.³⁰ Außerdem genossen die Jüdinnen und Juden offenbar ungehinderte Bewegungsfreiheit, um sich selbst mit dem Notwendigsten zu versorgen. Klemens Markus, ein österreichischer Zivilist, berichtete: „Viele [ungarische Juden] sind im Orte um etwas Essen betteln gegangen und haben meistens etwas bekommen. Ich selbst beschenkte einige mit Brot, Wäsche und Geld.“³¹ Yaakow Schwartz lernte die Bauern, welche ihm nach dem Massaker Zuflucht gewährten, ebenfalls beim Betteln um Essen kennen. Wie er erzählte, war von Wachmannschaften in Persenbeug nicht viel zu sehen, was die Häftlinge Hoffnung schöpfen ließ.³²

Laut Angabe von Henrik Weisz, der als Facharzt für Innere Medizin und Kinderkrankheiten zum Lagerarzt ernannt wurde, kamen am 25. April 125 Personen ins Lager, in den folgenden Tagen wuchs der Stand auf 248 an, von denen 13 Arbeitsdienstler der ungarischen Armee, also vormalige Schanzarbeiter waren.³³ Der jüdische Lagerleiter, dessen Name nicht bekannt ist, meldete hingegen dem Gendarmerieposten Persenbeug am 2. Mai einen Stand von lediglich 229 Personen.³⁴ Die unterschiedlichen Zahlenangaben lassen sich mit den laufenden Neuzugängen erklären.³⁵

Eine Familie nutzte die Bewegungsfreiheit zur Flucht in letzter Minute. Lajos Kohn war zusammen mit seiner Mutter und sechs jüngeren Geschwistern im Lager Hackengasse interniert gewesen. Im Jänner 1945 wurden er und ein Bruder zu Schanzarbeiten nach St. Anna/Aigen in der Steiermark verlegt. Seine Mutter und die verbliebenen fünf Geschwister, das jüngste war zwei Jahre alt, mussten über Stockerau, Krems,

²⁷ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

²⁸ Ebda.; ÖstA AdR BuMinI 55.178 – 18/71, Bericht der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich, 5. 10. 1962.

²⁹ LG Wien Vg 8e Vr 142/52.

³⁰ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Dr. Heinrich Weisz, 3. 5. 1945; VIHAR, Sárga Könyv, 160–162; Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Ein Überlebender aus dem Massaker bei Persenbeug. Typoskript, 1964.

³¹ YVA 05/89, Bericht über die Ermordung von ungarischen Staatsbürgern in Persenbeug/Donau, Niederösterreich, am 3. Mai 1945, von Klemens Markus, Wien, 25. 5. 1945.

³² Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Ein Überlebender aus dem Massaker bei Persenbeug, Typoskript, 1964.

³³ Archiv der IKG Wien, Dokumentation Persenbeug, Handschriftliche Aufzeichnungen von Dr. Henrik Weisz.

³⁴ ÖstA AdR BuMinI 157.520 – 2/48, Bericht der Sicherheitsdirektion für das Land Niederösterreich an das Staatsamt für Inneres, 2. 9. 1945.

³⁵ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

Spitz und Melk nach Ybbs (sic!) marschieren, wo sie schließlich die Flucht ergriffen.³⁶ Die anderen Häftlinge waren wohl zu erschöpft, um an Flucht zu denken, oder hatten kranke Verwandte, die sie nicht zurücklassen wollten. Außerdem ließen die nahende Front, die annehmbare Verpflegung und die freundliche Behandlung durch viele Persenbeuger Zivilist/innen den Verbleib im Lager als besseren Garant für ein Überleben erscheinen als die Flucht. Die Gendarmerie sah daher wenig Grund, das Lager zu bewachen, auch in der Nacht des 2. Mai nicht.

Die Nacht war stürmisch und es regnete stark. Gegen 22.30 Uhr kamen acht bis zehn Angehörige einer unbekanntes Einheit der Waffen-SS ins Lager. Sie begaben sich in die Baracken und weckten die Insassen. Zunächst sammelten sie die Männer, dann die Frauen.³⁷ Angeblich sollten zunächst Namenslisten erstellt werden, da die Häftlinge zu einem weiteren Arbeitseinsatz verbracht werden sollten. Die SS verschwendete aber keine Zeit auf Namenslisten, sondern teilte die Jüdinnen und Juden sogleich in drei Gruppen, die sie einzeln aus dem Lager führte.³⁸ Ein Augenzeuge, der sich auf dem Heimweg von einem Besuch bei einem Nachbarn befand, sagte aus, gegen 23.30 Uhr einem sehr langsam fahrenden PKW begegnet zu sein. „Hinter dem Auto gingen Leute mit Bündeln auf dem Rücken.“³⁹ Diesen fünfzig bis sechzig Personen folgte ein weiterer PKW, die „Soldaten“ gingen neben der Kolonne her. Wegen des starken Regens trugen sie Zeltbahnen über ihren Uniformen, sodass der Zeuge diese nicht erkennen konnte. Ein Soldat wies ihn barsch in österreichischem Dialekt an, sich zu entfernen.⁴⁰

Bei dieser Kolonne dürfte es sich um die erste Gruppe von Opfern gehandelt haben, die auf der Straße Krems-Grein zur Rotte Priel nahe dem Umsiedlerlager für Volksdeutsche geführt wurde. Etwa dreißig Meter entfernt vom Haus des Karl Brandstetter machte die Gruppe halt.⁴¹ Gegen Mitternacht wurde Brandstetter von Geräuschen geweckt. Er spähte durch das Guckloch seiner Eingangstür und sah, wie etwa sechs Soldaten eine Gruppe von Menschen erschossen, und hörte die Schreie der Opfer.⁴² Ein Nachbar, der in etwa zweihundert Meter Entfernung vom Tatort wohnte, begab sich, als er die Schüsse hörte, dorthin und blieb in etwa zwanzig Meter Entfernung stehen. Er beobachtete zehn bis zwölf Uniformierte, die er wegen der Dunkelheit nicht erkennen konnte und die auf eine Gruppe von Personen schossen. Er vermutete sogleich, dass es sich bei den Ermordeten um die Juden aus dem Auffanglager handelte. Da eines der Autos die Opfer mit seinen Scheinwerfern beleuchtete, konnte er erkennen, dass diese zunächst von einer Maschinengewehrsalve niedergemäht, dann einzeln durch Kopfschüsse aus dem Karabiner oder der Pistole ermordet wurden. Zuletzt übergossen die Täter die Toten mit Benzin und zündeten sie an. Der Zeuge ging rasch nachhause, ohne die Gendarmerie zu verständigen.⁴³ Andere Nachbarn hörten zwar ebenfalls die Schüsse, doch schöpften sie keinen Verdacht. Denn um etwa 24 Uhr hatten Angehörige des

³⁶ Moreshet A.1467, Bericht von Lajos Kohn, geb. 1927, Debrecen. Die relative genauen Angaben zur Route erscheinen plausibel, da Kohn die Route nach dem Krieg mit zwei seiner Geschwister abfuhr.

³⁷ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Regina Varga, geb. Pick, Hausfrau, geb. 20. 8. 1891 in Szolnok, 3. 5. 1945.

³⁸ Ebda.; vgl. auch VIHAR, Sárga Könyy, 160–162. Dieser Bericht basiert auch auf den Aussagen von Regina Varga, da Henrik Weisz kein unmittelbarer Augenzeuge war.

³⁹ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Ludwig Stadler, 4. 5. 1945

⁴⁰ Ebda.

⁴¹ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

⁴² LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Karl Brandstetter, 3. 5. 1945.

⁴³ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Johann Neuling, 6. 5. 1945.

Mordkommandos ihnen mitgeteilt, dass die SS eine Übung abhalten werde, und ersuchten sie, auch die bei ihnen einquartierten Angehörigen der Wehrmacht entsprechend zu informieren.⁴⁴

So konnten die Mörder auch wenig später eine zweite Gruppe in einem Graben etwa zweihundert Meter östlich vom Haus des Brandstetter sowie eine dritte, weitere 150 Meter östlich der zweiten, liquidieren.⁴⁵

Zur dritten Gruppe gehörte die Überlebende Regina Varga. Nachdem sie Schussverletzungen an Kopf, Hand und Schulter erhalten hatte, ließ sie sich in den Graben fallen und stellte sich tot.⁴⁶ Zwei weitere Männer überlebten ebenfalls. Marton Rosenthal erlitt eine Schussverletzung am Rücken und wurde von einem etwa zwanzigjährigen Mann aus Miskolc, der am Bein verletzt war, aus dem brennenden Leichenhaufen gerettet.⁴⁷

Zuletzt begab sich das Mordkommando zurück in die Baracken, um die dort zurückgebliebenen Nichtmarschfähigen zu ermorden. Bei diesem letzten Überfall wurden 26 Personen „in den Betten sitzend und liegend erschossen“,⁴⁸ während drei überlebten. Ein Angehöriger des Mordkommandos, dem nach Dutzenden Morden anscheinend die Lust am Töten vergangen war, verschonte, wie der Anzeige der Gendarmerie zu entnehmen ist, zwei Kranke: „[Jenő] Kálmár und [Regina] Solt [...] gaben nur an, dass ein SS-Mann mit gezogener Pistole sagte, ‚also hier liegen die Kranken‘, gab drei Schüsse in die Luft ab und entfernte sich wieder“.⁴⁹ Das Morden dauerte bis vier Uhr Früh.⁵⁰

Als Yaakow Schwartz, der sich im ersten Stock seiner Baracke befand, die Schüsse im Erdgeschoss hörte, versteckte er sich unter dem Stroh, auf dem er schlief, und wurde nicht entdeckt.⁵¹ Nachdem er, als bereits der Morgen dämmerte, überzeugt war, dass die SS-Mörder die Baracke wirklich verlassen hatten, lief der völlig verstörte Elfjährige vor das Lager auf die Straße und fragte Passanten, ob sie nicht eine Kolonne mit Juden gesehen hätten. Er erhielt keine Auskunft, bis schließlich Marton Rosenthal und sein ebenfalls verletzter Retter kamen. Die beiden waren Blut überströmt und verbanden zunächst ihre Wunden im Lager, dann machten sie sich auf den Weg, eine Zuflucht zu suchen, da sie die Rückkehr der SS fürchteten. Zunächst wandten sie sich an Bauern, welche Yaakow in den Tagen zuvor Essen gegeben hatten, um Hilfe. Diese waren bereit, den Buben aufzunehmen, die beiden Erwachsenen schickten sie aus Furcht vor der SS fort. Sie fanden schließlich bei Nachbarn Unterschlupf. Yaakow verbrachte die nächsten Tage mit dem Sohn seiner Helfer, der vor dem Volkssturm desertiert war, im Wald, die Nächte im Bauernhaus. Die drei Überlebenden besuchten auch das Grab der Opfer, ihrer Angehörigen. Nach wenigen Tagen, offenbar kurz nach dem Einmarsch der Russen, machten sie sich auf den Heimweg nach Ungarn, ohne sich zuvor bei der Gendarmerie gemeldet zu haben.⁵² Ihre Rettung sowie ihre Besuche beim Grab blieben weitgehend unbemerkt, obwohl Klemens Markus bereits drei Wochen nach dem Massaker einen Bericht über das Massaker verfasste, der sich offenbar auf ein Gespräch mit Marton Rosenthal bezog und dessen

⁴⁴ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Johanna Beierböck, 5. 5. 1945.

⁴⁵ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

⁴⁶ Ebda; LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Regina Varga, 3. 5. 1945.

⁴⁷ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Ein Überlebender aus dem Massaker bei Persenbeug. Typoskript, 1964.

⁴⁸ YVA 05/89, Bericht über die Ermordung von ungarischen Staatsbürgern in Persenbeug/Donau, Niederösterreich, am 3. Mai 1945, von Klemens Markus, 25. 5. 1945, Wien.

⁴⁹ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

⁵⁰ Ebda.

⁵¹ YVA 03/2769, Aussage von Tibor Schwartz gegenüber Yad Vashem, April 1964.

⁵² Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Ein Überlebender aus dem Massaker bei Persenbeug. Typoskript, 1964; YVA 03/2769, Aussage von Tibor Schwartz gegenüber Yad Vashem, April 1964; Sammlung Kapp/Stourzh, Interview mit Yaakov Schwarz, 13. 7. 1993.

Wahrnehmung der Ereignisse widerspiegelt. Trotz einiger faktischer Fehler ist er ein lesenswertes Dokument:

„Am 2. Mai um halb neun Uhr abends (sic!), es hatte damals geregnet, sind mehrere Lastautos (sic!) mit SS-Soldaten in Persenbeug angefahren und haben gleich begonnen, die Leute zu sammeln, aus den Betten gezerrt und ihnen gesagt, sie werden in den Autos abtransportiert. Sie wurden zu fünfzig bis sechzig Personen in Abständen von fünfzig Metern durch einen Graben geführt und zwar in Richtung Gemeinde Hofamt Priel außerhalb des Ortes Persenbeug. Als die Leute durch den Graben geführt wurden, wollte ein Mann flüchten, derselbe wurde gleich erschossen und blieb tot liegen in [einem] kleinen Bache im Graben. Das war der Anfang, alle wussten, dass das Ende ihres Lebens naht. Es kam auch deutlich zum Ausdruck, als ich die Toten fotografierte, wie alle entstellt waren durch den Todeskampf. Ich sah den Vater mit seinem Kinde, [einen] 14-jährigen Sohn, die Mutter mit ihrer Tochter, Gebrechliche, Kranke, welche auf einer Tragbahre getragen wurden (siehe Bild),⁵³ alle wurden in der Zeit von elf Uhr nachts bis halb zwei Uhr (sic) erschossen und mit Benzin übergossen. Die Toten brannten die ganze Nacht bis zum nächsten Tage nachmittags. 26 alten Leute sind in den Baracken zurückgeblieben und wurden in den Betten sitzend und liegend erschossen. Ein Mann, ca. 65 Jahre alt, blieb am Leben und erzählte mir den Fortgang, wie alles geschah. Leider habe ich mir den Namen nicht notiert, in meiner großen Aufregung.“⁵⁴

Am 3. Mai um etwa zehn Uhr vormittags begab sich Markus zu den drei großen Massengräbern und fotografierte die Toten. Dasselbe machte er dann in den Baracken.⁵⁵

„Die Toten habe ich deswegen fotografiert, weil ich glaubte, dass die Angehörigen manche erkennen werden und einerseits (sic!) wollte ich durch diese Aufnahmen der ganzen Welt dokumentieren, wie unschuldige Männer, Frauen und Kinder von SS-Soldaten abgeschlachtet wurden. Bin stets gerne bereit, über das Geschehen Auskunft zu erteilen.“⁵⁶

Ob und wo Markus seinen Bericht veröffentlichte, ist nicht bekannt. Seine Bemühungen, die Fotos im Rahmen der Ausstellung „Niemals Vergessen!“⁵⁷ zu zeigen, schlugen jedenfalls fehl. Eine gerichtliche Anzeige erstattete er erst Anfang 1948.⁵⁸

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde das Überleben dieser zwei Männer und des Buben erst bekannt, als sich Yaakow Schwartz anlässlich der Umbettung der sterblichen Überreste der Opfer von Hofamt Priel nach St. Pölten im Frühjahr 1964 meldete.⁵⁹

Polizeiliche und gerichtliche Ermittlungen

Auch Dr. Henrik Weisz, seine Frau Olga und seine Schwester Szeréna entgingen dem Gemetzel. Sie schliefen in einem kleinen Häuschen in etwa fünfzig Meter Entfernung von den Baracken, wo sie die Mörder nicht suchten. Aufgrund des stürmischen Wetters hörten sie auch nicht die Schüsse aus den Baracken. Sie erfuhren erst am nächsten Morgen von der schrecklichen Bluttat,⁶⁰ der auch ihre Schwester Paula Precz-

⁵³ S. ????? in diesem Band.

⁵⁴ YVA 05/89, Bericht über die Ermordung von ungarischen Staatsbürgern in Persenbeug/Donau, Niederösterreich, am 3. Mai 1945, von Klemens Markus, 25. 5. 1945, Wien.

⁵⁵ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Zeugenvernehmung von Klemens Markus, 58 Jahre alt, 28. 1. 1948.

⁵⁶ YVA 05/89, Bericht von Klemens Markus, 25. 5. 1945.

⁵⁷ Antifaschistische Ausstellung, Wien, September bis November 1945.

⁵⁸ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Zeugenvernehmung von Klemens Markus, 28. 1. 1948.

⁵⁹ Siehe dazu: *Wiener Zeitung*, 28. 4. 1964 (mit erheblichen Fehlern); *Volksstimme*, 28. 4. 1964; *St. Pöltner Zeitung*, 29. 4. 1964; *Die Gemeinde*, 31. 5. 1964; weitere kürzere Berichte: *Kurier*, 27. 4. 1964; *Wiener Morgen*, 27. 4. 1964; *Express*, 27. 4. 1964; *Arbeiterzeitung*, 28. 4. 1964.

⁶⁰ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Dr. Heinrich Weisz, Mediziner, geb. 11. 2. 1890 in Mezötür, Komitat Szolnok, (Ehegattin Olga und Schwester Szeréna unterschrieben auch), 3. 5. 1945.

Weiß und deren Kinder Lilli, Éva, Erszébet, Béla und György zum Opfer fielen.⁶¹ Zusammen mit den beiden Kranken und mit Regina Varga, die nach einer Ohnmacht aus dem Graben geklettert und zum Lager zurückgekehrt war, wurden sie von der Gendarmerie auf den Posten mitgenommen, denn Revierinspektor Franz Winkler begann sofort mit seinen Ermittlungen. Er besichtigte die Tatorte und vernahm noch am 3. Mai die Überlebenden. Jenő Kálmár und Regina Solt konnten aufgrund ihrer Schwäche nur sehr kurze Aussagen machen. Auch die Aussage von Regina Varga zeigt deutlich, dass sie noch unter Schock stand.⁶² Henrik Weisz war zwar in besserer Verfassung, doch wusste er über den Tathergang nichts auszusagen, da er geschlafen hatte. Winkler nutzte seine Zeugenvernehmung daher in erster Linie dazu, die Persenbeuger Gendarmerie und Bevölkerung von jedem Verdacht einer Mittäterschaft reinzuwaschen. Denn der Einmarsch der Roten Armee und damit die Bestrafung von Nationalsozialisten und für NS-Gräueln wurde täglich erwartet. Polizeiliche Einvernahmen werden nicht als Wortprotokolle festgehalten, sondern sind die Wiedergabe der Aussagen in den Worten des Polizeibeamten. Durch seine Unterschrift bestätigt der Zeuge die Richtigkeit des Protokolls, das im Fall von Henrik Weisz unter anderem so lautete:

„Wir wurden auf der Straße von Wien nach Persenbeug im allgemeinen gut behandelt und habe ich keine Klage. Über die Ostmärker kann ich nur sagen, dass sie uns überall gut behandelt und nach ihrer Möglichkeit verpflegt haben.

In Persenbeug wurden wir gut behandelt und den Verhältnissen entsprechend gut untergebracht.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass wir von der Gendarmerie in Persenbeug, nicht nur gut, sondern sehr gut behandelt wurden und uns auch diese in jeder Beziehung bei Beschaffung der Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgegenstände behilflich waren und selbst zur Beschaffung mitgingen.

Im allgemeinen kann ich nur angeben und auch nach meinem Gewissen behaupten, dass an der Ermordung der Juden von hier niemand beteiligt war und dies fremde Personen gemacht haben müssen.

Diese Behauptung kann ich deshalb machen, weil wir von der Gendarmerie stets geschützt wurden und auch diese ganz entsetzt war, als sie von der Ermordung Kenntnis erhielt.

[...] Nochmals möchte ich betonen, dass wir in Persenbeug nicht nur von der Gendarmerie, sondern auch von der Bevölkerung gut behandelt [wurden] und uns diese freundlich und zuvorkommend entgegenkam.“⁶³

Der wenig später in Budapest abgefasste Bericht von Weisz bestätigt zwar im Großen Ganzen seine positive Darstellung der Behandlung auf dem Weg nach und in Persenbeug.⁶⁴ Dennoch deuten der überschwängliche Ton und die Wiederholungen darauf hin, dass die Gendarmerie angesichts der mehr als zweihundert Toten in ihrem Ortsgebiet sich selbst und die Zivilbevölkerung gegen mögliche Sanktionen nach der Befreiung schützen wollte.

Beunruhigt war auch der Landrat von Melk, Leopold Convall, den Winkler nach Entdecken der Tat ebenfalls verständigte. Convall wusste, dass Melk bereits durch die Existenz des Konzentrationslagers mit seinen vielen Toten schwer belastet war,⁶⁵ nun kamen noch mehr als zweihundert ermordete Jüdinnen und Juden in seinem Wirkungsbereich dazu. Convall schickte daher rasch einen Rettungswagen des Roten Kreuzes, der die sechs Überlebenden ins Städtische Spital Melk brachte,⁶⁶ wo sie bis 7. Juni 1945 Aufnahme fanden.⁶⁷ Danach verschafften die Melker Ordensschwwestern den inzwischen Genesenen noch Unterkunft

⁶¹ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

⁶² Ebda., Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Regina Varga, 3. 5. 1945.

⁶³ Ebda, Gendarmerieposten Persenbeug, Vernehmungsniederschrift mit Dr. Heinrich Weisz, 3. 5. 1945.

⁶⁴ VIHAR, Sárga Könyy, 160–162.

⁶⁵ Siehe dazu: Bertrand Perz, Projekt Quarz. Steyer-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk (Wien 1991) 370 f.

⁶⁶ VIHAR, Sárga Könyy, 160–162; vgl. auch LG Wien Vg 3c Vr 1780/48, Zeugenvernehmung von Leopold Convall, 16. 4. 1948.

⁶⁷ LG Wien Vg 3c Vr 1780/48, Gendarmeriekommando Melk an das LG Wien, 23. 8. 1948.

in einem zum selben Orden der „Töchter des Göttlichen Heilands“ gehörigen Kloster in Wien 7, Kaiserstraße, wo sie bis zur ihrer Rückkehr nach Ungarn verblieben.⁶⁸

Franz Winkler hatte zwischen dem 3. und dem 6. Mai 1945 mehrere Zeug/innen des Massakers einvernommen und die Tatorte untersucht. Die Angelegenheit war in den letzten Kriegstagen überaus delikater Natur: das NS-Regime war noch an der Macht und obwohl es sich bei dem Massaker um ein Verbrechen auch nach NS-Recht handelte, waren Ermittlungen gegen Angehörige der Waffen-SS nicht unproblematisch. Andererseits musste Winkler ermitteln, um sich für die Zeit nach dem Krieg abzusichern. Für die Besichtigung der Tatorte stellte er daher eine Kommission bestehend aus Mitgliedern der NSDAP und Parteilosens zusammen:

„Zur Teilnahme an der Tatbestandsaufnahme wurden vom Gefertigten [Franz Winkler] die Funktionäre der NSDAP und zwar Ortsgruppenleiter Viktor Urban, Bürgermeister Josef Maier, Kaufmann Friedrich Christl sowie Fleischhauer Karl Leiß, ein Unparteiischer Gastwirt Raimund Buchinger, Haupttrafikanter Josef Haider und Elektriker Karl Rammner, sämtliche in Persenbeug wohnhaft, herangezogen.

Sämtliche Funktionäre der NSDAP lehnten die Teilnahme mit der Begründung ab, dass sie derartiges nicht ansehen können. Urban begründete seine Ablehnung mit einer momentanen Erkrankung.

Von Seite der Partei wurde daher der im Umsiedlerlager Persenbeug wohnhafte SS-Lagerführer Karl Fricke und der zu dieser Zeit ebenfalls dort wohnhafte OT-Führer Eduard Waldbauer beigezogen.

Die Unparteiischen nahmen sämtliche an der Tatbestandsaufnahme teil.“⁶⁹

Mithilfe des Volkssturms wurden die Leichen untersucht und die letzten Habseligkeiten, die gefunden wurden, in erster Linie Dokumente, Fotografien und persönliche Schriften, sichergestellt und in einer Holztruhe bei der Gendarmerie deponiert. Wegen des starken Regens war ein Teil der Leichen nicht verbrannt, sodass die Ausbeute bei dieser Suchaktion beachtlich war. Anhand der Dokumente sowie eines Verzeichnisses der Lagerinsassen vom 2. Mai 1945 konnten 214 Namen von Ermordeten festgestellt werden. Danach zwangen die Kriegswirren Winkler, seine Ermittlungen einzustellen, er dürfte jedoch noch in der NS-Zeit Anzeige erstattet haben. Die einmarschierenden Russen plünderten den Posten, die Namensliste schien ebenso wie die Dokumente der Opfer verloren. Dies hielt Winkler jedenfalls fest, als er schließlich am 6. August 1945 neuerlich Anzeige gegen acht bis zehn unbekannte Täter beim Bezirksgericht Ybbs erstattete. Gleichzeitig vermerkte er, die Unterlagen nachreichen zu wollen, sollten sie wieder zum Vorschein kommen. Winkler übergab später die Namensliste, nicht aber die Dokumente dem Volksgericht Wien.⁷⁰

Als Tatmotiv für den Massenmord gab Winkler in seiner Anzeige „höheren Befehl oder politischen Hass“ an. Der einzige Hinweis auf die Täter war, dass ihre Autos angeblich aus der Richtung Yspertal gekommen und auch dorthin zurückgefahren sein sollten. Winkler nahm daher an, dass die Mörder dem SS-Kommando Gutenbrunn unterstanden waren.⁷¹ Diese Annahme erwies sich jedoch nach weiteren polizeilichen Ermittlungen als unhaltbar.⁷²

Damit wurden die Ermittlungen eingestellt, bis Klemens Markus sie durch seine Aussage beim Straflandesgericht Wien 1948 neuerlich ins Rollen brachte. Markus legte dem Gericht nicht nur die von ihm gemachten Fotos vor, er wollte in Persenbeug auch gehört haben, dass die Morde auf die Initiative des ehemaligen Kreiseiters Heinrich Reindl und des Landrats Leopold Conwall zurückgingen. Obwohl sich

⁶⁸ VIHAR, Sárka Könyy, 160–162.

⁶⁹ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd., Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

⁷² Ebd., Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich an die Staatsanwaltschaft beim Volksgericht Wien, 6. 10. 1945.

Markus nur auf Gerüchte berufen konnte,⁷³ ging das Gericht seinen Hinweisen nach. Reindl behauptete von der Unterbringung der Juden in Persenbeug nichts gewusst zu haben, da es sich dabei um eine reine Gendarmerieangelegenheit gehandelt habe – angesichts der Hinweise, dass der der Kreisleitung unterstehende Volkssturm bei den Suchaktionen nach den verstreuten Gruppen jüdischer Nachzügler beteiligt war, erscheint diese Aussage nicht glaubwürdig. Überzeugender war seine Behauptung, dass ihm wohl Aktionen der allgemeinen, nicht aber der Waffen-SS zu melden waren. Somit betrachtete das Gericht Reindl als entlastet.⁷⁴

Auch Leopold Convall versicherte, von der Existenz des Judenauffanglagers in Hofamt Priel nichts gewusst zu haben, bis ihn Revierinspektor Winkler von den Morden informierte. Auch diese Behauptung ist angesichts der Tatsache, dass die Juden von seinem Amt gepflegt wurden, nicht überzeugend. Für Convall sprach allerdings sein Verhalten nach dem Morden, als er die Opfer nach Melk in Sicherheit bringen ließ. Obwohl er seine Rolle bei der Rettungsaktion und bei den Ermittlungen mit einer Wichtigkeit darstellte, welche durch die Gendarmerie- und Augenzeugenberichte nicht belegt wird, konnte ihm doch kein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen werden.⁷⁵ Trotz gewisser Schutzbehauptungen in ihren Aussagen erscheint Reindls und Convalls Mitschuld an dem Massaker wenig wahrscheinlich.

Einvernommen wurde auch der ehemals ermittelnde Revierinspektor Franz Winkler. Im Gegensatz zu den Ergebnissen seiner Nachforschungen von 1945 sprach er nun Verdacht gegen zwei Personen aus: Befragungen der Bevölkerung hätten ergeben, dass vor dem Verbrechen ein HJ-Bannführer Alfred Waidmann in Persenbeug zu Besuch gewesen war. Dieser stand im Verdacht, dem Mordkommando die nötigen Ortskenntnisse vermittelt zu haben. Tatsächlich zeigte sich das Kommando, das angeblich aus lauter ortsfremden Angehörigen der Waffen-SS bestand, erstaunlich vertraut mit den lokalen Gegebenheiten. Es ging nicht nur zielsicher auf die für die Massenmorde geeigneten Gräben zu, es wusste auch, in welchen Häusern Angehörige der Wehrmacht einquartiert waren, die sie vorab von ihrer angeblichen „Übung“ verständigten, um die Erschießungen ungestört durchzuführen. Ohne Hilfe durch Ortskundige erscheint diese systematische Vorgangsweise unmöglich. Dennoch wurden, nachdem sich die Verdachtsmomente gegen Waidmann zerschlagen hatten, keine weiteren Ermittlungen in dieser Richtung verfolgt.

Ein weiterer Verdächtiger, den Winkler nun nannte war der Leiter der Umsiedlerlagers Fricke, der bereits als NSDAP-Funktionär in die Tatbestandskommission aufgenommen worden war. Wie Winkler angab, sagte Fricke ihm bei dieser Gelegenheit, er solle froh sein, dass die Juden weg seien, und äußerte sich abfällig über sie. Auch eine Frau aus dem Umsiedlerlager habe Fricke belastet. Eine Verhaftung Frickes sei ihm nach Kriegsende nur knapp missglückt, die Frau sei ebenfalls mit unbekanntem Ziel abgereist.⁷⁶ Nachdem sich auch diese Spuren als ergebnislos erwiesen hatten, ruhte das Verfahren neuerlich.

1951 trat ein weiterer Zeuge auf, der ein Telefonat des NS-Bürgermeisters Maier überhört haben wollte, bei dem dieser verlangte, ihm „die Juden vom Hals zu schaffen“, da er sie nicht verpflegen könne.⁷⁷ Maiers Verteidigung war einigermaßen wirr und sehr nervös. Doch der Belastungszeuge war wenig glaubwürdig, sodass diese Spur ebenfalls nicht weiter verfolgt wurde.⁷⁸

Angeregt vom Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, erstattete Winkler 1961 neuerlich Anzeige, da er vermutete, dieser könne den Mordbefehl gegeben haben. Weiters wollte er erfahren haben, dass ein gewisser Fricke im Rheinland als Kriegsverbrecher angeklagt worden sei. Vom Jüdischen Weltkongress in New York kam eine Anfrage bezüglich einer möglichen Mitschuld Hermann Krumeys, gegen den in Frankfurt

⁷³ Ebda., Zeugenvernehmung von Klemens Markus, 28. 1. 1948.

⁷⁴ LG Wien Vg 3c Vr 1780/48, Zeugenvernehmung von Heinrich Reindl, 3. 4. 1948.

⁷⁵ Ebda., Zeugenvernehmung von Leopold Convall, 16. 4. 1948.

⁷⁶ Ebda., Zeugenvernehmung von Franz Winkler, 17. 8. 1948.

⁷⁷ LG Wien Vg 8e Vr 142/52.

⁷⁸ Ebda.

prozessiert wurde. Fricke konnte nicht identifiziert, die Mitverantwortung Krumeys und Eichmanns sowie anderer Angehöriger des SEK nicht nachgewiesen werden.⁷⁹ Siegfried Seidl, der nach eigener Angabe für die Evakuierungen aus Niederösterreich zuständig gewesen war, war 1947 hingerichtet worden. Dennoch zeigt diese Neuaufnahme des Verfahrens, wie sehr die Kriegsverbrecherprozesse in Deutschland und Israel das historische Verständnis für Zusammenhänge der NS-Judenverfolgung schärften.⁸⁰ Zur Aufklärung des Verbrechens in Hofamt Priel trug dies jedoch nicht bei. 1963 wurden die Nachforschungen nach den Waffen-SS-Männern sowie ihrer möglichen Mittäter endgültig als aussichtslos eingestellt.⁸¹

In Persenbeug wurde ein möglicher Helfershelfer der Waffen-SS kolportiert, der in den Akten nicht aufschien: der Gendarmeriekommandant Engelbert Duchkowitsch, der am 10. Mai seine Frau und seine drei Kinder ermordete, bevor er Selbstmord beging.⁸² Dies deutet zwar auf Schuld hin, doch die Tatsache, dass Franz Winkler, der ihn gut gekannt haben musste, noch 1961 nach möglichen Mittätern suchte, weist darauf hin, dass Duchkowitsch, wenn überhaupt, so sicher nicht der einzige lokale Helfer des Mordkommandos war.

Das Grab der Opfer

Nach der Ermordung von mehr als zweihundert Insassen des Auffanglagers Persenbeug war insbesondere die Gendarmerie, aber auch Landrat Convall um Schadensbegrenzung bemüht. Daher wurden die Opfer nicht wie sonst üblich am Tatort verscharrt, sondern in einem Reihengrab auf einem nahegelegenen Acker bestattet. Leopold Convall behauptete bei seiner gerichtlichen Einvernahme, dass er sowohl die Bestattung als auch die Sicherstellung der Dokumente der Ermordeten angeordnet habe,⁸³ was Winkler in seinen Protokollen jedoch nicht erwähnte. Er stellte lediglich lapidar fest, dass die Leichen vom Volkssturm durchsucht und am 5. Mai 1945 bestattet wurden.⁸⁴

Yaakow Schwartz berichtete, dass die Bestattung wegen der Vielzahl an Leichen zwei Tage dauerte, also vermutlich am 5. Mai abgeschlossen war.⁸⁵ Denn die Toten mussten von den Gräben, wo sie erschossen worden waren, auf Fuhrwerken zum Massengrab gebracht werden.⁸⁶ Klemens Markus hielt 1945 fest: „Die Toten wurden durch französische Gefangene und einige Ortsbewohner begraben. Sehr hat sich den Toten beim Begraben angenommen ein Herr Haider, früherer christlicher [christlichsozialer] Bürgermeister von Persenbeug.“⁸⁷

Besagter Josef Haider teilte im August 1948 der IKG Wien mit, dass er den Grund für das 66 Meter lange und drei Meter breite Grab sofort nach dem Massaker von Josef Böcksteiner [richtig: Böggsteiner], dem Besitzer des Ackers, auf dem es sich befindet, gepachtet habe. „Die Bevölkerung von Persenbeug und

⁷⁹ ÖstA AdR BuMinI 55.178 – 18/71, Bericht der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich, 5. 10. 1962; LG Wien Vg 3c Vr 1780/48.

⁸⁰ ÖstA AdR BuMinI 55.178 – 18/71.

⁸¹ Ebd., Bericht der Sicherheitsdirektion für Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich, 9. 1. 1963

⁸² Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Amtsnotiz aufgenommen im Gemeindeamt Persenbeug am 25. 3. 1964; Rede von Ernst Feldsberg anlässlich der Bestattung der Opfer von Hofamt Priel am jüdischen Friedhof von St. Pölten, 26. 4. 1964, Typoskript.

⁸³ LG Wien Vg 3c Vr 1780/48, Zeugenvernehmung von Leopold Convall, 16. 4. 1948.

⁸⁴ LG Wien Vg 3c Vr 2488/45, Gendarmerieposten Persenbeug an das Bezirksgericht in Ybbs/Donau, 6. 8. 1945.

⁸⁵ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Ein Überlebender aus dem Massaker bei Persenbeug. Typoskript, 1964.

⁸⁶ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Aktennotiz aufgenommen am Hof des Herrn Franz Kern am 25. 3. 1964, 26. 3. 1964.

⁸⁷ YVA 05/89, Bericht über die Ermordung von ungarischen Staatsbürgern in Persenbeug/Donau, Niederösterreich, am 3. Mai 1845, von Klemens Markus, Wien, 25. 5. 1945.

Hofamt Priel grub das Massengrab, aber nur zwei, Josef Widhalm und ich, Gefertigter, legten die Toten ins Grab.“⁸⁸ Nun habe er in diesem Jahr den Zaun erneuern sowie Gras säen müssen, „nur in der Mitte, wo die Erinnerungstafel steht, ist ein Grabzeichen errichtet“.⁸⁹ Die Ausgaben für das Grab wurden Haider zu hoch, deshalb fragte er um Rat, wo er angefallene Kosten in der Höhe von 1.223.80 Schilling in Rechnung stellen könne.⁹⁰ Die IKG leitete sein Schreiben an das Jüdische KZ-Grabstätten-Eruierungs- und Fürsorge-Komitee weiter,⁹¹ welches in den ersten Nachkriegsjahren mit ausländischen Geldmitteln die Sanierung der in Österreich verstreuten Gräber jüdischer NS-Opfer, nicht zuletzt ungarischer Juden, betrieb.

Viktor Schwarz, der Leiter des Komitees, hatte im Frühjahr des Jahres 1948 bereits zwei Anfragen aus Ungarn bezüglich dieses Massengrabs erhalten. Im Mai wollte die Budapester Hilfskommission der ungarischen Juden für Deportierte wissen, ob und wenn ja wohin die dort Bestatteten exhumiert wurden und ob ihre Daten bekannt seien.⁹² Im Juni 1948 schrieb Jenő Leitner, Präsident des in Debrecen befindlichen Zentralverbands der Juden jenseits der Theiss:

„Vor einigen Tagen machte uns ein Glaubensgenosse aus Szarvas die traurige Mitteilung / die uns zwar schon früher bekannt war / dass in der österreichischen Ortschaft Persenbeug 225 unserer Brüder begraben sind und die dortige Gendarmerie verschiedene Personaldaten und Fotografien der Verstorbenen aufbewahrt.“⁹³

Der wohlinformierte Glaubensgenosse war mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Jenő Kálmár, der das Massaker im Krankenzimmer überlebt hatte und aus Szarvas stammte. Aufgrund seiner Information hatten der Verband und die Debrecener Kultusgemeinde beschlossen, in Hofamt Priel einen Gedenkstein zu setzen, und ersuchten Viktor Schwarz um Unterstützung dieses Vorhabens. Auf seine Anfrage bezüglich der Dokumente der Ermordeten, erhielt Viktor Schwarz am 30. Juni 1948 von der Sicherheitsdirektion für das Land Niederösterreich die Antwort, dass die „am Gendarmerieposten Persenbeug deponierten Gegenstände [...] im Zuge der Kampfhandlungen zum Teil geraubt und zum Teil zerstört beziehungsweise vernichtet“ wurden.⁹⁴ Als die zuständige Staatsanwaltschaft beim Straflandesgericht Wien am 1. Jänner 1949 eine Anfrage bezüglich einer möglichen Übergabe der Dokumente an den Zentralverband der Juden jenseits der Theiss erhielt, war ihr bekannt, dass sich diese in Persenbeug befanden, und sie bewilligte den Antrag am 2. Februar.⁹⁵ Inzwischen hatten die ungarischen Antragsteller wohl schon die Hoffnung aufgegeben. Jedenfalls blieben die Dokumente vorläufig in Persenbeug; zu einem unbekanntem Zeitpunkt übergab sie die Gendarmerie dem Heimatmuseum.

Erfolgreicher waren die Bemühungen um die Sanierung des Massengrabs, denn im Dezember 1948 konnte *Die Gemeinde*, die Zeitschrift der IKG Wien, berichten:

„In Hofamt Priel bei Persenbeug, NÖ, wurde von der Landesregierung Niederösterreich ein Gedenkstein für die dort beerdigten 223, von der SS ermordeten, ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter aus Debrecen errichtet. Diese Stelle wurde auch mit einer Einfriedung versehen und als jüdischer Friedhof bezeichnet. Um die Schaffung dieser Gedächtnisstätte hat sich Herr Reg. Rat Müller von der Landesregierung Niederösterreich verdient gemacht.“

⁸⁸ YVA 05/12; auch Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Schreiben von Josef Haider an die IKG Wien, 11. 8. 1948.

⁸⁹ Ebda.

⁹⁰ Ebda.

⁹¹ YVA 05/12; auch Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Schreiben der IKG Wien, Friedhofsamt, an das Jüdische KZ-Grabstätten-Eruierungs- und Fürsorge-Komitee, 17. 8. 1948.

⁹² YVA 05/12, Schreiben der Hilfskommission der ungarischen Juden für Deportierte an das Jüdische KZ-Grabstätten-Eruierungs- und Fürsorge-Komitee, 19. 5. 1948.

⁹³ YVA 05/12, Schreiben von Jenő Leitner, Präsident des Zentralverbands der Juden jenseits der Theiss, Debrecen, an Viktor Schwarz, Delegierter des Restitutionskomitees, 3. 6. 1948.

⁹⁴ YVA 05/12.

⁹⁵ LG Wien Vg 3c Vr 1780/48, Antrags- und Verfügungsbogen.

Mit der Begründung, dass die öffentlichen Mittel für Kriegsgräber gekürzt worden seien, beschlossen 1952 die Gemeinde Persenbeug und das niederösterreichische Amt für Kriegsgräberevidenz, die IKG Wien um einen Zuschuss für die notwendig gewordene Erneuerung der Eingangstüre sowie einer Erinnerungstafel zu ersuchen.⁹⁶ Der Beitrag der Kultusgemeinde belief sich schließlich auf 500.- Schilling bei Gesamtkosten von 15.113,18 Schilling.⁹⁷

Im Auftrag des damaligen Vizepräsidenten der IKG, Ernst Feldsberg,⁹⁸ besuchte der Mitarbeiter der Technischen Abteilung, Berkowicz, am 17. August 1954 Persenbeug. Josef Haider, damals Bürgermeister von Persenbeug, informierte ihn über die Geschehnisse vom Mai 1945, wobei er erklärte, das Auffanglager sei ein Versuch gewesen, die ungarischen Juden vor der befohlenen „Vergasung in Mauthausen“ zu retten, und er selbst habe wesentlich bei seiner Errichtung mitgewirkt. Diese übertriebene Darstellung seiner Rolle ist als Versuch Haiders zu sehen, seine sympathische Haltung gegenüber Juden zum Ausdruck zu bringen. Haider zeigte Berkowicz die Truhe mit den Dokumenten der Ermordeten. Berkowicz wie auch Feldsberg waren von dem Fund begeistert und wollten die Papiere dazu nützen, die Identität der Opfer festzustellen und als Information für Hinterbliebene zu veröffentlichen. Über den Zustand des Friedhofs zeigte sich Berkowicz höchst zufrieden:

„Das Grab befindet sich auf einer Anhöhe über dem bereits beschriebenen Graben. Die Länge des Grabes beträgt siebenzig Meter, die Breite zwei Meter. Das Grab ist mit einem Drahtzaun umgeben. Es sind ungefähr zwanzig Hügel angelegt und auf jedem Hügel ist ein Zierstrauch. Der Eingang ist in der Mitte mit einem Türchen, an dem zwei Zionsterne angebracht sind. In der Mitte des Grabes befindet sich ein Mahnmal aus einem jüdischen Grabstein auf einem Sockel mit der Inschrift: ‚Hier ruhen 223 jüdische Märtyrer 1945‘. Das Grab ist in bestem Zustand und wird stets von der Gemeinde betreut.“⁹⁹

Obwohl Josef Haider auf eine Kostenbeteiligung der Kultusgemeinde drängte, war ihm die Erhaltung des Massengrabs offensichtlich ein ehrliches Anliegen. Diese positive Einstellung gegenüber dem Grab sollte sich bald ändern. Bereits 1956 überlegte Feldsberg, die sterblichen Überreste der Opfer auf den neuen jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofs zu überführen.¹⁰⁰ Ausgelöst hatte diese Überlegungen offenbar ein Antrag des Bürgermeisters von Persenbeug, die Toten entweder zu exhumieren und auf den Friedhof nach Ybbs zu überführen oder „auf den Grabstätten würdige Denkmäler aufzustellen“.¹⁰¹ Angesichts des tadellosen Zustands, in dem sich die Grabanlage 1954 befand, war letzteres wohl nur ein Vorwand, um die Exhumierung zu betreiben. 1948 waren die Bundesgesetze 175/1948 und 176/1948, das so genannten „Kriegsgräberfürsorgegesetz“, erlassen worden. Dieses stellte Gräber von Kriegsopfern, und als solche galten die der ungarischen Juden, auf Dauer unter Schutz. Daher konnte eine Exhumierung der Opfer von Hofamt Priel auch nicht eingefordert werden. Zuständig für die Erhaltung und Betreuung der Kriegsgräber war das Innenministerium. Der Bürgermeister war offenbar ebenso wie Feldsberg an einer einvernehmlichen Lösung interessiert. Er wies die Beamten der IKG neuerlich auf den Koffer mit den Dokumenten der Ermordeten hin und wieder warf Feldsberg die Idee auf, „aus dem Inhalt der Dokumente festzustellen, wer die Verstorbenen sind“.¹⁰² Vorläufig blieben jedoch die Dokumente in Verwahrung des Persenbeuger Bürgermeisters und die Toten auf dem Acker des Josef Böggsteiner.

⁹⁶ *Profil* Nr. 43, 19. Oktober 1992, 39.

⁹⁷ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Schreiben der Technischen Abteilung an die Amtsdirektion, 30. 8. 1954.

⁹⁸ Ebd., Schreiben von Ernst Feldsberg an die Amtsdirektion der IKG Wien, 14. 1. 1954.

⁹⁹ Ebd., Schreiben der Technischen Abteilung an die Amtsdirektion, 30. 8. 1954.

¹⁰⁰ Archiv der IKG Wien, Mappe Enterdigungen, Beerdigungen, Schreiben von Ernst Feldsberg an das Friedhofsamt, 5. 1. 1956.

¹⁰¹ Ebd., Schreiben von Ernst Feldsberg an das Friedhofsamt, 18. 3. 1958.

¹⁰² Ebd.

Das Jüdische KZ-Grabstätten-Eruierungs- und Fürsorgekomitee hatte sich 1951 aufgelöst und seine Agenden der Jüdischen Historischen Kommission übergeben. Diese hatte weder das Personal noch ausreichende finanzielle Mittel, um dessen Arbeit fortsetzen zu können. Daher appellierte sie sofort an die Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs,

„es mögen sich Leute finden, die mit ihrer Tatkraft und Autorität auch die österreichische Regierung veranlassen mögen, uns durch die betreffenden Bundesländer Lastautos und sonstige Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Ermordeten auf jüdische Friedhöfe zu überführen“.¹⁰³

Diese Idee erwies sich als undurchführbar. Ab 1954 bemühte sich Ernst Feldsberg von der IKG Wien verstärkt um die Sanierung jüdischer Kriegsgräber,¹⁰⁴ von denen viele in einem wesentlich unwürdigeren Zustand waren als das in Hofamt Priel. In dieses Jahr fielen auch Wiedergutmachungsverhandlungen, bei denen die jüdischen Vertreter unter anderem forderten, „dass diese Toten [auf den Todesmärschen gestorbene oder ermordete jüdische KZ-ler und Zwangsarbeiter] enterdigt und in würdiger Weise auf den örtlich nächst gelegenen jüdischen Friedhof beigesetzt werden. [...] Aufgrund des Kriegsgräber-Fürsorgegesetzes ist der Staat verpflichtet, für eine würdige Beisetzung zu sorgen.“¹⁰⁵

Auch Feldsberg interpretierte das Kriegsgräberfürsorgegesetz zunächst in diesem Sinn, nicht aber das zuständige Innenministerium. Dieses half der IKG zwar bei der Feststellung der Gräber der Kriegstoten, nicht aber bei Umbettungen. Angesichts ihres geringen Budgets und kleinen Mitarbeiterstabs war die IKG mit dieser Aufgabe überfordert. Denn gleichzeitig sanierte sie in diesen Jahren die jüdischen Friedhöfe, welche in der NS-Zeit schwer beschädigt worden waren. Diese Zerstörungen waren offenbar auch der Grund dafür, dass für Feldsberg eine Umbettung der Opfer von Hofamt Priel auf den nahe gelegenen jüdischen Friedhof von Ybbs nicht infrage kam. Einem internen Tätigkeitsbericht der Technischen Abteilung an Feldsberg aus dem Jahr 1964 ist nämlich zu entnehmen:

„Ybbs an der Donau. In ganz Niederösterreich ist es der einzige Friedhof, der vollkommen verwüstet wurde; sämtliche Grabsteine wurden in der Nazizeit an einen Steinmetzmeister verkauft; diese kostbaren Grabsteine wurden uns durch die Sammelstelle A rückgestellt und, da die betreffenden Grabstellen unbekannt waren, wurden sämtliche Steine, Mann an Mann hintereinander in einer Reihe längs des Hauptweges aufgestellt.“¹⁰⁶

Selbst nachdem der jüdische Friedhof in Ybbs 1964 instandgesetzt worden war, machte die Ungewissheit bezüglich der Lage der meisten Gräber die Umbettung der sterblichen Überreste von mehr als zweihundert Personen und die damit verbundene Anlage eines sehr großen Grabs unmöglich.

1954 hatte Feldsberg noch gehofft, dass das Kriegsgräberfürsorgegesetz ausreichend Schutz für außerhalb jüdischer Friedhöfe liegende Gräber von NS-Opfern biete,¹⁰⁷ zehn Jahre später war er anderer Meinung:

„Das Gesetz, welches die Betreuung der Gräber von Opfern des Zweiten Weltkriegs durch die Republik Österreich sichert, bietet zweifellos eine Gewähr dafür, dass bis auf weiteres diese Gräber bestehen werden. Eine absolute Sicherheit für den Fortbestand der Gräber ist aber nur dann gegeben, wenn die Toten, die als Märtyrer ihres Glaubens starben, auf jüdischen Friedhöfen bestattet sind. Diese Aufgabe kann nur nach und nach gelöst werden.“¹⁰⁸

¹⁰³ YVA 015/36, Die 23.000 ungarischen Juden, die in Österreich 1944/45 zum Opfer fielen, 19. 11. 1951, gez. Tuvia Friedmann.

¹⁰⁴ Vgl.: Archiv der IKG Wien, Mappe Bericht über Friedhöfe 1955-1964, Schreiben von Ernst Feldsberg an Wilhelm Krell, 23. 7. 1964,

¹⁰⁵ ISKULT-Presse-Nachrichten, Nr. 13, 30. 6. 1964.

¹⁰⁶ Archiv der IKG Wien, Mappe Enterdigungen, Beerdigungen, Schreiben der Technischen Abteilung (Schneider) an Präsident Ernst Feldsberg, 6. 2. 1964.

¹⁰⁷ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Schreiben von Ernst Feldsberg an die Amtsdirektion der IKG Wien, 14. 1. 1954.

¹⁰⁸ Archiv der IKG Wien, Mappe Bericht über Friedhöfe 1955-1964, Schreiben von Ernst Feldsberg an Wilhelm Krell, 23. 7. 1964,

In diese zehn Jahre fielen auch die Verhandlungen über das Grab in Hofamt Priel, das schließlich 1964 nach St. Pölten verlegt werden musste.

Hatte sich die Gemeinde Persenbeug zunächst um eine konsensuale Lösung der Frage, was mit dem Massengrab geschehen solle, bemüht, so trat 1960 eine merkliche Verschärfung des Tons ein, als sich nicht mehr der Bürgermeister, sondern der Grundbesitzer, Josef Böggsteiner, selbst an die IKG wandte. Am 14. März 1960 beantragte er, wohl auf Anraten der Gemeinde, noch eine Exhumierung der Opfer und Wiederbestattung „in einer würdigen Grabstätte des Israelitischen Friedhofs in Ybbs“, am 2. Februar 1961 urgierte das Amt der niederösterreichischen Landesregierung eine Stellungnahme der Kultusgemeinde dazu.¹⁰⁹ Im November 1961 stellte Böggsteiner dann ein Anbot, in dem er für das inzwischen zu Bauland umgewidmete Grundstück einen Kaufpreis von 55.130.- Schilling (inklusive einer Entschädigung für 17 Jahre Ernteausschlag), im Fall der Räumung eine Entschädigung von 8.974.- Schilling forderte. Gleichzeitig drohte er mit einer Räumungsklage.¹¹⁰ In seinem Antwortschreiben wies Feldsberg zunächst auf das Kriegsgräberfürsorgegesetz hin, das eine Räumungsklage ausschloss. Da der von Böggsteiner verlangte Kaufpreis laut Information des Bundesministeriums für Inneres weit überhöht war, ersuchte Feldsberg um ein realistisches Offert. Aus diesem Schreiben geht auch hervor, dass Feldsberg nun im Fall einer Exhumierung, vermutlich aus Kostengründen, nicht mehr eine Umbettung auf den jüdischen Friedhof in Wien, sondern nach St. Pölten vorsah.¹¹¹ Seine nächsten Angebote scheint Böggsteiner dem Bundesministerium für Inneres gemacht zu haben, entweder weil dieses laut Kriegsgräberfürsorgegesetz ja tatsächlich für die Erhaltung des Grabs zuständig war, oder weil er sich die Unterstützung seiner Forderung gegenüber der Kultusgemeinde seitens einer österreichischen Behörde wünschte. Das Innenministerium wollte sich offenbar nicht in die Verhandlungen hineinziehen lassen und leitete Böggsteiners Angebote nicht an die IKG weiter. Nach einiger Zeit urgierte die niederösterreichische Landesregierung, offenbar aufgrund einer Beschwerde Böggsteiners, die Bereinigung der Angelegenheit.¹¹² Eine weitere Verzögerung der Kaufverhandlungen trat durch das Ableben Böggsteiners und die Verlassenschaftsabhandlung ein, die erst im Juni 1963 abgeschlossen war.¹¹³ Auch mit der neuen Eigentümerin des Grundstücks, Maria Richter, konnte die Kultusgemeinde keine Einigung über den Kaufpreis erzielen, weshalb sie sich zur Umbettung der Opfer nach St. Pöltens entschloss.

Die Wiederbestattung am jüdischen Friedhof in St. Pölten fand am 26. April 1964 um elf Uhr vormittags im Rahmen einer würdigen Trauerfeier statt. Die IKG Wien hatte ihre Mitglieder zur Teilnahme an dem Begräbnis aufgerufen,¹¹⁴ und Hunderte waren diesem Aufruf gefolgt.¹¹⁵ Ebenso war die St. Pöltner Bevölkerung eingeladen worden, allerdings unter Hinweis auf den bei jüdischen Begräbnissen üblichen Ritus:

„Die Trauerfeier ist öffentlich. Nach jüdischem Ritus ist es jedoch vorgeschrieben, dass die Teilnehmer an diesem Leichenbegängnis unbedingt Kopfbedeckungen tragen. Ansonsten werden sie höflich, aber bestimmt vom Gelände des jüdischen Friedhofs gewiesen werden.“¹¹⁶

Hunderte St. Pöltner/innen schlossen sich den jüdischen Trauergästen ebenso an wie Vertreter der Bundesregierung, des Innen- und des Unterrichtsministeriums, der niederösterreichischen Landesregierung, der ungarischen und der israelischen Gesandtschaft sowie der verschiedenen NS-Opferverbände. Unter den Trauergästen waren auch Yaakow Schwartz und sein Bruder Shlomo. Nachdem die sechzig Särge in das

¹⁰⁹ Ebda., Schreiben des Amtes der niederösterreichischen Landesregierung, 2. 2. 1961.

¹¹⁰ Ebda., Schreiben von Josef Böggsteiner an die IKG Wien, 16. 11. 1961.

¹¹¹ Ebda., Schreiben der IKG Wien an Josef Böggsteiner, 7. 1. 1962.

¹¹² Ebda., Schreiben der IKG Wien an das Bundesministerium für Inneres, 14. 11. 1962.

¹¹³ Ebda., Schreiben von Maria Richter an die IKG Wien, 28. 1. 1963 und 4. 6. 1963.

¹¹⁴ *Die Gemeinde – Kleine Ausgabe*, 17. 4. 1964.

¹¹⁵ *Die Gemeinde*, 31. 5. 1964.

¹¹⁶ *St. Pöltner Zeitung*, 22. 4. 1964.

riesige Grab gelassen worden waren, sprachen Oberrabbiner Dr. Akiba Eisenberg und Kantor Elias Gutman die Totengebete.¹¹⁷

Ernst Feldsberg gedachte in seiner Trauerrede neben den Opfern von Hofamt Priel auch den vielen anderen in Österreich ums Leben gekommen ungarischen Juden sowie der österreichischen Opfer des Holocaust und forderte zur Wachsamkeit gegenüber nationalsozialistischem Gedankengut auf. Der St. Pöltner Bürgermeister, Bundesrat Rudolf Singer, versicherte, das Grab in St. Pölten in Ehren halten zu wollen, wie *Die Gemeinde* berichtete.¹¹⁸ Andere Zeitungen schrieben, der Bürgermeister habe den „Schutz“ oder die „Obhut“ über das Grab übernommen.¹¹⁹ Die Interpretation der *Gemeinde* war zutreffender. Denn Singers warme Worte waren eine von den Vertretern der jüdischen Gemeinde sehr geschätzte¹²⁰ Geste des Willkommens und die Zusicherung, dass die sterblichen Überreste der Opfer nun in St. Pölten ihre endgültig letzte Ruhestätte finden sollten. Nicht gemeint war damit, dass die Stadt St. Pölten irgendwelche Verpflichtungen bezüglich der Instandhaltung der Grabanlage übernahm. Die IKG Wien trug die gesamten Kosten der Umbettung, lediglich die Stempelgebühren wurden ihr, gemäß dem Kriegsgräberfürsorgegesetz, erlassen. Aber auch die Errichtung der Grabanlage und die Verlegung des Grabsteins von Hofamt Priel nach St. Pölten sowie dessen Setzung waren Aufgabe der IKG. Nach der würdigen Trauerfeier blieb die Grabanlage bis Anfang 1966 ein Provisorium.¹²¹ Denn kurz davor hatte die Wiener Kultusgemeinde 138.000.- Schilling für notwendige Instandsetzungsarbeiten am neuen jüdischen Friedhof ausgegeben: an den zwei Seiten, wo die Friedhofsmauer in der NS-Zeit niedergerissen worden war, ließ sie einen Drahtzaun anbringen, umgeworfene Grabsteine wurden wieder aufgestellt, die Wege und die Zeremoniehalle repariert. Und, wie bereits am Beispiel Ybbs gezeigt, war St. Pölten nur einer von vielen Orten, in denen damals derartige Arbeiten durchgeführt wurden. Der alte jüdische Friedhof in St. Pölten, den die Nationalsozialisten eingeebnet hatten, war Anfang 1964 noch nicht restituiert worden, auf seinem Terrain befand sich in einer Baracke ein Kindergarten der niederösterreichischen Landesregierung. „Die Behörde wurde aufgefordert, die Baracke zu räumen“; heißt es lapidar in dem Bericht der Technischen Abteilung der IKG.¹²²

Ernst Feldsberg bereitete sich auf seine Rede bei der Trauerkundgebung in St. Pölten gründlich vor. Er befragte Zeitzeug/innen in Persenbeug über die Vorkommnisse vom 2./3. Mai 1945 und besichtigte die Holztruhe mit dem Nachlass der Opfer, die sich inzwischen im Heimatmuseum befand.¹²³ Feldsberg erhielt zunächst vom Bürgermeister von Persenbeug, später auch von der zuständigen Bezirkshauptmannschaft Melk die Bewilligung, die Truhe in den Gewahrsam der IKG Wien nehmen zu dürfen.¹²⁴ Damit verschwanden auch die letzten Spuren der Opfer des Massakers aus Persenbeug. 1992 bemühte sich der in Wien wohnende praktische Arzt Dr. Ernst Fiala um die neuerliche Aufstellung eines Gedenksteins an die Opfer in Hofamt Priel. Fiala hatte die NS-Zeit als jüdischer Flüchtling in Ungarn überlebt.¹²⁵ In Persenbeug

¹¹⁷ *Die Gemeinde*, 31. 5. 1964.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ *St. Pöltner Zeitung*, 29. 4. 1964; *Wiener Zeitung*, 28. 4. 1964; *Volksstimme*, 28. 4. 1964.

¹²⁰ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Schreiben von Ernst Feldsberg an Bürgermeister Rudolf Singer, 13. 5. 1964.

¹²¹ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Schreiben des Magistrats St. Pölten an Paul Robert, 21. 10. 1965.

¹²² Archiv der IKG Wien, Mappe Enterdigungen, Beerdigung, Schreiben der Technischen Abteilung an Präsident Ernst Feldsberg, 6. 2. 1964.

¹²³ Archiv der IKG Wien, Mappe Massengrab Hofamt Priel, Aktennotiz aufgenommen im Gemeindeamt Persenbeug am 25. März 1964, 26. 3. 1964; Aktennotiz aufgenommen am Hof des Herrn Franz Kern, Bauer, am 25. 3. 1964, 26. 3. 1964.

¹²⁴ Ebd., Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Melk an die IKG Wien, 2. 6. 1964.

¹²⁵ *Illustrierte Wochenschau*, Februar 1992. Ich danke Heinz Arnberger für den Hinweis auf Franz Fiala.

und Hofamt Priel stieß er mit seinem Vorhaben zunächst auf erhebliche Widerstände.¹²⁶ Erst nachdem der Bezirkshauptmann von Melk, Hadmar Lechner, Grundbesitzer, Bürgermeister, Pfarrer und den Wiener Stifter des Gedenksteins, Fiala, zu einem Vermittlungsgespräch gebeten hatte, wurde die Aufstellung „eines naturbelassenen Granitsteins mit Gedenktafel beschlossen“.¹²⁷ Die Einweihung erfolgte 1993.

¹²⁶ *Profil*, 19. Oktober 1992.

¹²⁷ *Profil*, 9. 11. 1992.